

## **Niederschrift Nr. 28 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.03.2006**

---

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II  
Sitzungsdauer: 17:00 bis 18:35 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Helga Grix

ANWESENDE:

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

#### **SPD**

Ratsfrau Helga Grix  
Ratsfrau Regina Meinen  
Ratsfrau Elfriede Meyer

#### **CDU**

Ratsherr Ihno Groeneveld  
Ratsherr Werner Vollprecht

#### **FDP**

Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser für Ratsherrn Holger Klaassen

### **Stimmberechtigte sonstige Mitglieder**

Herr Wilhelm Grix  
Frau Helga Kruse für Herrn Norbert Haarmeyer

### **Nichtstimmberechtigte Mitglieder**

#### **Bündnis 90/Die Grünen** (Grundmandat)

Ratsherr Bernd Renken

#### **Beratende Mitglieder**

Stadtangestellter Tom Sprengelmeyer  
Stadtangestellter Eckhard Kühl  
Herr Reiner Hartmann  
Herr Christoph Jebens  
Herr Abdou Ouedraogo  
Frau Elfriede Wilts (ab 17:05 Uhr)

#### **Von der Verwaltung**

Stadtamtsrat Richard Lucht  
Herr Markus Frein, FD Sozialer Dienst  
Herr Herald Ihnen, FD Jugendförderung  
Frau Christiane Schrader, FD Jugendförderung  
Protokollführerin Agnes Rauch

#### **Gäste**

2 Vertreter der örtlichen Presse  
5 Zuschauer

## **Niederschrift Nr. 28 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.03.2006**

---

**Punkt : 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Frau Grix** eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

**Punkt : 2** Feststellung der Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

**Punkt : 3** Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Es werden keine Fragen gestellt.

### B E S C H L U S S V O R L A G E N

**Punkt : 4** Vorlage 14/1782-01  
2. Ausbaustufe nach dem Tagesbetreuungsausbaugesetz;  
Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung

**Frau Grix** begrüßt die neue Mitarbeiterin im Fachdienst Jugendförderung, Frau Schrader, und bittet um ihre Ausführungen.

**Frau Schrader** stellt sich zunächst vor und erklärt, sie wolle heute die zweite Ausbaustufe zum Tagesbetreuungsausbaugesetz in Emden vorstellen. Dieses Gesetz sei verabschiedet worden mit der Absicht, eine realitätsbezogene Anpassung der Kinder- und Jugendhilfe an den Wandel der Lebenspläne und den neuen Bedingungen der Arbeitswelt zu vollziehen. Die damit verfolgten Ziele seien u. a., die Elternschaft und die Familie zu stärken und die frühkindliche Förderung von Kindern zu verbessern.

Der Jugendhilfeausschuss habe bereits die Entscheidung getroffen, dass in den ersten Ausbaustufen ein Schwerpunkt dieses Gesetzes verfolgt werden solle und zwar der Ausbau von Betreuungsangeboten für unter 3-jährige Kinder. Es werde sehr deutlich, dass die Bevölkerungsgruppe der Kindergartenkinder generell zurückgehen werde, auch wenn für die Jahre 2010 und 2011 noch ein leichter Anstieg zu erwarten sei.

Frau Schrader erläutert nunmehr im Einzelnen die Maßnahmen für das Kindergartenjahr 2005/2006, die vom Fachdienst Jugendförderung umgesetzt werden konnten, und die Ergebnisse der Fragebogenabfrage nach Betreuungsangeboten.

Sie erklärt weiter, hinsichtlich der 2. Ausbaustufe schlage der Fachdienst Jugendförderung vor, angesichts der hohen Nachfrage nach Krippenplätzen eine weitere Gruppe in einer Kinderkrippe einzurichten. Hierzu seien schon erste Gespräche mit dem Studentenwerk geführt worden. Auch könne das Gemeindezentrum in unmittelbarer Nachbarschaft der Fachhochschule angemietet werden, sodass dort eine weitere Kinderkrippengruppe mit 15 Plätzen eingerichtet werden könne. Ferner wolle der Fachdienst mit anderen Trägern verhandeln, inwieweit die Möglichkeit bestehe, dort die Platzkapazitäten weiter auszubauen.

**Frau Grix** bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Kühl** stellt heraus, man müsse bei dieser Ausbaustufe noch auf die Finanzierung eingehen. Der Fachdienst stelle sich vor, im Kindergartenbereich den weiteren Ausbau zu ma-

## **Niederschrift Nr. 28 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.03.2006**

---

chen und gleichzeitig diesen mit einem Abbau an Kindergartenplätzen zu verbinden, sodass dieses innerhalb des Budgets für die Kindergärten abgedeckt werde. Eine neue Gruppe beim Studentenwerk Oldenburg im Gemeindezentrum könnte in diesem Jahr nur noch fünf Monate in Betrieb gehen. So bräuchte im Moment auch nicht über Nachtragshaushalte nachgedacht werden. Wenn aber dieser Ausbau gemacht werde, habe man im kommenden Jahr einen größeren Bestand an Plätzen. Da dieser zumindest auch über einen befristeten Zeitraum über fünf Jahre zu finanzieren sei, müsse es auch in die Budgetverhandlungen aufgenommen werden.

**Herr Dr. Beisser** erklärt, seine Fraktion begrüße grundsätzlich diesen Ausbau. Bevor jedoch eine Beschlussfassung erfolge, möchte er wissen, über welche Größenordnungen abzustimmen sei.

**Herr Renken** betont, hier gehe es um keine freiwillige Maßnahme, sondern um die eindeutige Pflicht der Kommunen, ein bedarfsgerechtes Angebot bis zum Jahre 2010 zu entwickeln. Er erkundigt sich, ob es ausreiche, den Bedarf bei den Kindertagesstätten zu erfragen. Jedoch halte er eine Elternbefragung, die sicherlich eine bessere Datengrundlage liefere, auch nicht für angebracht.

Weiterhin finde er den Rückgang bei der Nutzung der Kindertagesstätten äußerst bedenklich. Zwar habe man schon von einem veränderten Anmeldeverhalten gesprochen, doch müsse hinterfragt werden, ob dieses an den veränderten sozialen Bedingungen liegen könnte. Dieses sei ein Punkt, mit dem man sich im Jugendhilfeausschuss auch beschäftigen müsse. Seiner Ansicht müsse es auch möglich sein, den voraussichtlichen Bedarf bis zum Jahre 2010 darzustellen, so dass die Eckdaten auch für den Jugendhilfeausschuss transparent würden, um rechtzeitig planen zu können. Bei der Ausbauplanung bestehe seiner Meinung nach noch Handlungs- und Verbesserungsbedarf.

**Frau E. Meyer** begrüßt den Ausbau der Betreuung und fragt an, ob denn tatsächlich Mehrfachanfragen ausgeschlossen werden könnten. Außerdem erkundigt sie sich, ob es wirklich nötig sei, das Gemeindehaus anzumieten, da hier wieder Mietkosten anfallen würden.

**Herr Grix** regt an, mit den Trägern darüber nachzudenken, ob die räumlichen Voraussetzungen für Kinder im Alter von zwei Jahren überhaupt in den bestehenden Kindergärten vorhanden seien. Wenn mehr jüngere Kinder in den Kindergärten betreut würden, verringere sich zunächst auch einmal die Kopfzahl und die finanzielle Situation verteuere sich.

Bezüglich des Anmeldeverhaltens der Eltern sehe er auch einem Zusammenhang mit dem Hartz IV-Gesetz. Wenn ein Antrag bei der ARGE auf Unterhalt gestellt werde, werde der Kindergartenfreiplatz so lange nicht erteilt, bis die Unterlagen der ARGE ordnungsgemäß an die Stadt Emden gegeben würden. In einem Fall habe sich dieses fast vier Monate hingezogen und die Stadt habe diese Kosten nicht rückwirkend übernommen, sodass diese letztendlich beim Träger liegengeblieben seien.

**Herr Sprengelmeyer** weist darauf hin, dass für die Einrichtung einer zusätzlichen Kinderkrippengruppe mit Betriebskosten in Höhe von 75.000 € jährlich zu rechnen sei. Zwar könne jetzt natürlich noch nicht gesagt werden, wie es im nächsten Jahr gemacht werde, darüber müsse man im Rahmen der Eckwerteverhandlungen sprechen. Man müsse sich darüber klar sein, dass bei Einrichtung dieser Krippen langfristig Kosten anfallen würden.

**Frau Schrader** weist darauf hin, dass sich momentan wahrscheinlich kein Fachdienst so weit aus dem Fenster lehnen würde, angesichts der familienpolitischen Debatten in Berlin eine konzeptionelle Planung zur Weiterentwicklung von Tagesstätten aktuell vorzulegen. Weiter betont sie, dass sicherlich die Beiträge eine Erklärung dafür seien, dass nicht alle Kinder der Jahrgänge Kindertagesstätten besuchen würden. Allerdings betreffe dieses nicht

## **Niederschrift Nr. 28 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.03.2006**

---

nur Familien, die auf soziale Förderung angewiesen seien, sondern auch Familien, die ihr Familieneinkommen anderweitig verplant hätten.

Zur Krippensituation bemerkt sie, dort habe man eine 100-%ige Auslastung aller Krippenplätze und die ausgewiesenen 85 seien wirklich bereinigte Nachfragen. Zu den nicht bereinigten Anfragen zählten die Anfragen für Kinder unter drei Jahren in Kindertagesstätten. Dort habe man nicht die Möglichkeit, von der Leitung differenziert Namen und Daten zu erheben, sodass die Zahlen bereinigt und Mehrfachzählungen ausgeschlossen werden konnten.

**Herr Kühl** trägt vor, in der Vorlage sei schon auf die Schwierigkeiten der Elternbefragung hingewiesen worden. Vor einigen Jahren habe man im Vorfeld der Entscheidung der Einrichtung eines neuen Kindergartens im Bereich Larrelt eine Befragung durchgeführt. Doch sehe es nachher bei der Unterschrift unter dem Betreuungsvertrag ganz anders aus, sodass letztendlich nur noch die Hälfte übriggeblieben sei.

Weiter führt er aus, sicherlich müsse man den Gesamtbedarf sehen, wohin man eigentlich wolle. Dieses könne aus den nachfrageorientiert erhobenen Zahlen abgelesen werden. So könnten im Moment ca. 130 bis 140 Anfragen nicht beantwortet werden. Wenn man diese zu den vorhandenen Plätzen zähle, dann sei man bei einer Größenordnung von 250 Plätzen für Kinder unter drei Jahren, um die zurzeit abgefragte Nachfrage befriedigen zu können. Dennoch sei dieses eine Ausbauplanung, wo bis zum Jahr 2010 jährlich die Schritte weiter ausgedehnt werden müssten. Dazu käme auch noch, dass nicht jede Kindertagesstätte räumlich und personell so ausgestattet sei, größere Mengen Kinder unter drei Jahren zu betreuen. Auch im Nachfrageverhalten gäbe es tatsächlich gegenläufige Tendenzen. Einerseits habe man die Situation aus Kosten- und Familiengründen, andererseits sagten manche Eltern, ein Kindergartenjahr reiche aus, während andere Eltern ihre Kinder möglichst mit zwei Jahren in eine Einrichtung geben würden. Das seien zwei verschiedene Tendenzen, die man planerisch verbinden müsse.

Bezüglich der Anmietung des Gemeindehauses erklärt Herr Kühl, es stehe nur ein begrenzter Bereich der Fachhochschule für diese Krippeneinrichtung zur Verfügung, der auch nicht ausdehnbar sei. Dieser Bereich sei voll ausgelastet und könne nicht angebaut werden. Insofern müsse nach außen hin ausgewichen werden. Außerdem seien die anderen Kindertagesstätten im Moment alle besetzt. Sobald dort Räumlichkeiten frei würden, werde mit den Trägern gesprochen, ob diese dann entsprechend genutzt werden könnten, um andere Altersgruppen zu betreuen.

**Herr Jebens** gibt zu bedenken, dass die meisten Eltern aus finanziellen Gründen ihre Kinder nicht in die Kindertagesstätten schickten.

**Herr Grix** berichtet über die Betreuungssituation in Dänemark und schlägt vor, die Betreuung über Tagesmütter hier zu thematisieren und zu diskutieren.

**Herr Renken** ist der Ansicht, dass es möglich sei, eine Art Rahmenplanung bis zum Jahre 2010 zu schaffen. Dabei müsse man berücksichtigen, dass sich für Kinder unter drei Jahren andere Betreuungsschlüssel und auch entsprechende Kosten im Personalbereich ergeben würden. Auch müsse man die Kapazitäten in den Kindertagesstätten ausnutzen, die aufgrund der demographischen Entwicklung zurückgingen.

Weiter führt er aus, auf der anderen Seite müsse man sich dafür einsetzen, dass das Anmeldeverhalten nicht zurückgehe. Er halte dieses vor dem Hintergrund der ganzen kinder- und jugendpolitischen Diskussion für einen Rückschritt.

**Herr Dr. Beisser** räumt ein, dass die Planung sicherlich eine hohe Fehlerquote beinhalte, da die im Jahre 2010 zwei- bis dreijährigen Kinder heute noch gar nicht geboren seien. Dem-

## **Niederschrift Nr. 28 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.03.2006**

---

nach könne sich eine Planung nur darauf beschränken, inwieweit man einen zu vermutenden Bedarf zu wie viel Prozent abdecken wolle. Im Jahre 2010 müsste dieser Bedarf laut gesetzlicher Vorgabe zu 100 % abgedeckt werden.

**Herr Sprengelmeyer** erklärt, man sei kontinuierlich dabei, die aktuellen Bevölkerungs- und Sozialstrukturdaten zu erhalten und zu analysieren. Daher sei man eigentlich auf einem ganz guten Weg.

**Herr Kühl** weist darauf hin, nicht die Anmeldezahlen in Emden seien rückläufig, sondern die Kinderzahlen. Das sei der entscheidende Punkt, warum im Moment auch in den Kindergärten an der einen oder anderen Stelle Platz sei. Dennoch habe man es auch mit einem widersprüchlichen Anmeldeverhalten der verschiedensten Elterngruppen zu tun.

**Herr Sprengelmeyer** bezieht sich auf die Aussage von Herr Grix hinsichtlich der Tagesmütter. Seiner Ansicht nach seien Tagesmütter nicht in der Lage, die verschiedenen Qualifikations- und Fördermaßnahmen anzubieten, die Einrichtungen zu bieten hätten. Natürlich müsse auch in Emden der Bedarf an Tagespflegen ausgebaut werden. Dennoch sei er der Meinung, dass ein qualifizierter Ausbau der Einrichtung benötigt werde, gerade auch im Hinblick auf den Rückgang der elterlichen Verantwortung und der Schwierigkeiten im Bildungsbereich.

**Frau Schrader** bemerkt, sie habe im Rahmen der Vorbereitung feststellen können, dass im Schnitt immer 80 % der Jahrgänge in den Kindergärten betreut würden. Hier hätten sich auch keine großartigen Quotenveränderungen ergeben.

**Herr Grix** möchte keineswegs die bisherigen Einrichtungen und deren Qualifikation überhaupt nicht in Frage stellen. Er wolle nur auf die Möglichkeit einer anderen Betreuungsform hinweisen, wie sie in Dänemark gefunden worden sei.

**Herr Kühl** begrüßt diesen Vorschlag und erklärt, es gäbe die verschiedensten Formen der qualifizierten Betreuung wie Einrichtungen oder auch vereinzelt Tagesmütter oder Tagesmüttergruppen. Auch das Modell von Familiengruppen sei mit viel Erfolg ausprobiert worden. Dieses alles müsse in den nächsten Monaten überlegt und diskutiert werden, da es auch finanziell hinterlegt werden müsse. Auch müsse die weitere Entwicklung um die Diskussion der Freiplätze in den Kindergärten zunächst einmal abgewartet werden.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss beschließt den Ausbau der Betreuungsangebote für Unter-Drei-Jährige fortzusetzen und das Angebot für diese Altersgruppe um mindestens 20 Plätze zu erweitern.

Ergebnis: einstimmig

### MITTEILUNGSVORLAGEN

Punkt : 5 Vorlage 14/2085-00  
Bezuschussung der Sommerfreizeiten

**Herr Ihnen** trägt vor, der Verwaltung liege ein Schreiben des Stadtjugendringes vor, in dem dieser beantrage, dass ein Teilbereich aus den Richtlinien zur Förderung der Jugend verändert werden solle und zwar der Punkt der Kinder- und Jugendholungsfahrten. Bisher sei es so, dass die Mindestdauer einer solchen Fahrt 14 Tage betragen müsse, um entsprechend den Richtlinien gefördert zu werden. Nunmehr schlage der Stadtjugendring vor, die Dauer auf zehn Tage zu senken. Die Verwaltung sei der Meinung, dass damit die Kriterien für diese

## **Niederschrift Nr. 28 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.03.2006**

---

Fahrt - wie das Kennenlernen der Kinder untereinander und die Förderung der Gesundheit – in dieser kurzen Zeit nicht mehr gewährleistet seien. Der Stadtjugendring begründe seinen Antrag einerseits damit, dass dann die Fahrten billiger würden und verweise auf die finanziell schwächeren Eltern. Andererseits würden die Kinder, wenn die Fahrt länger dauern würde, Heimweh bekommen. Hier verweist Herr Ihnen auf die Anhangtabelle in den Richtlinien zur Förderung der Jugend, die gerade für finanzschwache Familien eine Förderung vorsehen würde. Auch das Argument bezüglich des Heimwehs sei nicht stichhaltig, denn Kinder bekämen innerhalb der ersten drei Tage Heimweh oder gar nicht.

Ein weiteres Argument des Stadtjugendringes sei, dass es immer schwieriger werde, für längere Fahrtzeiten ehrenamtliche Betreuer zu finden. Dieses sei in Teilbereichen sicherlich richtig. Zwar gäbe es gesetzliche Regelungen, die vorsehen würden, dass Jugendleiter freizustellen seien, doch würden da von einigen Arbeitgebern sehr viele Schwierigkeiten gemacht. Von daher sei dieses Argument das stichhaltigste von allen dreien.

Herr Ihnen erläutert nunmehr im einzelnen die Förderungen für die Fahrten. Er stellt dabei fest, dass die Verbände sich möglicherweise an die Richtlinien orientieren und keine Fahrten nach Südfrankreich, Schweden usw. anbieten sollten. Denn bei solchen Fahrten entstünden Mehrkosten, die nicht durch die Richtlinien getragen würden. Zusammenfassend stellt er fest, wenn die Verbände nicht so weit weg fahren würden, würden auch die Kosten nicht so hoch sein. Ansonsten sei es so, dass die sozialen Regelungen auch in Emden verbindlich seien und man sie so belassen könne.

**Frau E. Meyer** ist bekannt, dass auch Gruppen, die zehn bis zwölf Tage fahren würden und einen Antrag gestellt hätten, in der Vergangenheit auch immer sehr großzügig behandelt worden seien.

**Herr Ihnen** entgegnet, die Sätze seien in der Tabelle festgelegt, die sich nach dem sogenannten Selbstgehalt richte.

**Herr Kühl** weist darauf hin, dass dem Jugendhilfeausschuss im Einzelfall begründete Ausnahmeanträge in Bezug auf die Fahrtdauer zur Abstimmung vorgelegt würden.

**Herr Grix** erklärt, er könne der Argumentation der Verwaltung folgen. Bei der Ausarbeitung der Richtlinien habe man bewusst darauf gedrängt, die Mindesttage einzuhalten, um den erholungs- und auch gruppenspezifischen Prozess überhaupt möglich zu machen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

### ANTRÄGE VON FRAKTIONEN/GRUPPEN

**Punkt : 6** Vorlage 14/2084-00  
Kosten der Heimunterbringung;  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 25.11.2005 -

**Herr Groeneveld** trägt vor, er finde es wichtig, dass dieses Thema auf die Tagesordnung des Jugendhilfeausschusses gebracht werde, da besonders im Jahr 2003 die Kosten nahezu explodiert und auch im letzten Jahr auf einem sehr hohen Niveau gehalten seien. Seiner Meinung nach müsse im Rat nach Lösungen gesucht werden, wie man die Kosten reduzieren könne.

**Herr Sprengelmeyer** führt aus, keine Verwaltungsgründe, sondern inhaltliche pädagogische Gründe führten dazu, dass diese Summe so hoch sei. Bevor man sich mit den Kosten ausei-

## **Niederschrift Nr. 28 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.03.2006**

---

nersetze, müsse man sich damit beschäftigen, wann Kinder und Jugendliche in die Bedrängnis kämen, dass sie in eine stationäre Maßnahme gebracht würden. Dieses sei der Bereich, der die Kosten verursache.

Er erklärt, in der Anlage zur Mitteilungsvorlage habe er dargestellt, wie sich die Kosten entwickelt hätten. Jedoch sei dieses ein Riesenthema, welches mit dem neuen Jugendhilfeausschuss zu diskutieren sei.

Weiter bemerkt er, jedes Kind habe zunächst einmal ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und Erziehung. Und die Eltern hätten nicht nur das Recht, die Pflege, Erziehung und Förderung durchzuführen, sondern auch gleichzeitig die Pflicht. Wenn der Soziale Dienst einen Hinweis bekäme, dass diese Förderung und Erziehung nicht mehr gewährleistet sei, dann werde dem nachgegangen und mit den Eltern und dem Kind oder Jugendlichen je nach Möglichkeit ein Hilfeplan erstellt. Die Eltern würden dann eine Hilfe auf Erziehung im ambulanten oder auch im stationären Bereich beantragen. Das sei die Hauptarbeit des Sozialen Dienstes. Würden die Eltern diesen Antrag nicht stellen und das Jugendamt sei der Meinung, hier liege eine Kindeswohlgefährdung vor, dann könne nur im Rahmen des Wächteramtes eingegriffen werden. Dann habe man die Möglichkeit, gegen den elterlichen Willen mit Unterstützung der Ordnungsbehörden ein Kind oder einen Jugendlichen in Schutz zu nehmen. Dieses Wächteramt bedeute aber auch Haftung. Und das sei eine ganz schwierige Situation angesichts der aktuellen öffentlichen Diskussionen. Alle Maßnahmen seien zu dokumentieren und würden einer gerichtlichen Überprüfung standhalten müssen.

**Herr Frein** ergänzt, der Soziale Dienst dürfe bei der Inobhutnahme letztendlich nicht selbst entscheiden, sondern müsse innerhalb von 24 Stunden beim Amtsgericht eine gerichtliche Entscheidung herbeiführen.

Er stellt anhand einer Folie, die dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt ist, die aktuellen Zahlen vor und erläutert diese.

Ferner erklärt er, demgegenüber stünden die neuen Maßnahmen, die jetzt im Laufe des Jahres in Zusammenarbeit mit den Familien und Institutionen wie Schule und Polizei auf den Weg gebracht worden seien. Herr Frein geht weiter auf die Aufgaben des Sozialen Dienstes ein und erörtert die aktuellen Maßnahmen seit dem 01.01.2006.

**Herr Sprengelmeyer** trägt vor, aus der Vorlage werde nicht nur die Anzahl der Fälle, die unterzubringen seien, deutlich, sondern auch die Investitionen. Auf der zweiten Anlage zur Vorlage habe er die demographische Entwicklung aufgezeigt. Hier könne man sehr gut sehen, wie sich die Einwohnerzahl in den verschiedenen Jahrgängen zusammensetze, sich entwickle und wie viele Kinder und Jugendliche sich im Bereich der Heimerziehung und Vollzeitpflege befinden würden.

Er stellt fest, dass sich die Perspektiven hier nicht im Einzelnen ausdiskutieren lassen könnten. Aus diesem Grunde nehme er den Vorschlag gerne auf und werde mit dem neuen Rat einen Workshop durchführen. Außerdem beginne in diesem Jahr die externe Beratung des Jugendamtes. Zu der aktuellen Situation erklärt er, mehrere Institute seien in die engere Wahl gezogen worden und man stehe kurz davor, den Auftrag zu vergeben. Über den Ausgang werde selbstverständlich der Ausschuss informiert. In diesem Rahmen würden dann das Hilfeplanverfahren und auch verschiedene Maßnahmen zu diskutieren sein.

Abschließend erklärt er, in der Vorlage habe er noch auf den Punkt „schulbezogene Sozialarbeit an den Grundschulen“ hingewiesen. Es solle in Emden ein System aufgebaut werden, damit Eltern frühzeitig Ansprechpartner finden würden und somit auch die elterliche Verantwortung gestärkt werde.

## **Niederschrift Nr. 28 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.03.2006**

---

**Frau E. Meyer** erkundigt sich, wie sich die Bereitschaft bei den Pflegeeltern verhalte, wie viele Pflegeeltern es in Emden gäbe und ob diese auch betreut würden.

**Herr Frein** antwortet, die Pflegeeltern würden vom Sozialen Dienst geworben und geschult. Zudem bräuchten Pflegeeltern eine Pflegeerlaubnis, um ein Kind aufnehmen zu können. Außerdem gäbe es Pflegeelterngruppen, die sich regelmäßig treffen und austauschen würden, und einen Pflegekinderdienst, der die Pflegeeltern in Krisensituationen unterstütze.

Er teilt weiter mit, aufgrund eines längerfristigen Ausfalls sei nur eine Kollegin damit hauptsächlich beschäftigt, von daher sei auch gerade der Bereich der Neuwerbung vernachlässigt worden. Hier müsse in Zukunft mehr getan werden.

*Anmerkung der Protokollführung:*

*Durch den Pflegekinderdienst werden zurzeit ca. 60 Pflegefamilien betreut. Weiterhin werden in fünf Familien Plätze im Rahmen der Bereitschaftspflege zur Verfügung gestellt.*

**Herr Grix** regt an, hier auch noch verstärkt andere Institutionen wie z. B. die Familienbildungsstätte einzubeziehen. Auch sie führe einen Teil dieser Qualifikation durch. Er habe festgestellt, dass das Pflegeelternwesen entgegen früherer Jahre in der Öffentlichkeit sehr wenig wahrgenommen werde. Es handele sich hier um ein sehr sensibles Thema, dennoch müsste in der Öffentlichkeit das Interesse geweckt werden.

**Herr Frein** entgegnet, die Stadt Emden kooperiere mit der Familienbildungsstätte auch gerade, was den Bereich Tagespflege angehe. Außerdem halte die Familienbildungsstätte eine Kartei von Pflegemüttern vor.

**Herr Sprengelmeyer** stellt abschließend fest, in dem ganzen Bereich der Pflegefamilien und der stationären Heimunterbringungen seien verschiedene Variationen möglich, die mit Sicherheit noch auszubauen seien.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

**Punkt : 7** mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Elternbeiträge bezüglich des Streiks in den Kindertagesstätten

**Herr Kühl** teilt mit, wie bereits in der letzten Jugendhilfeausschuss-Sitzung angedeutet, werde die Verwaltung hinsichtlich der Elternbeiträge in den Kindertagesstätten einen Vorschlag unterbreiten, der in der kommenden Woche über den Vorstand veröffentlicht werde. Es sei nicht notwendig, dass hierzu die Eltern einen Antrag stellen würden.

**Punkt : 8** Sachstandsbericht "Soziale Stadt Barenburg"

Es liegt kein Sachstandsbericht vor.

**Punkt : 9** Anfragen

**Herr Renken** erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand hinsichtlich der beabsichtigten Küche im Kindergarten der Pauluskirchengemeinde und der Grundschule Grüner Weg. Seine Fraktion halte eine Kooperation zwischen diesen beiden Einrichtungen für sinnvoll und strebe einen Maßnahmenbeginn in diesem Jahr an.



**Niederschrift Nr. 28 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses  
am 23.03.2006**

---

**Herr Sprengelmeyer** entgegnet, die Planungen liefen derzeit in Richtung einer gemeinsamen Küche. Zurzeit werde eine dementsprechende Detailkostenschätzung vorgenommen, sodass man von einer Umsetzung noch in diesem Jahr ausgehen könne.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.